



Landesverband
Hamburg

Wahlaufruf zur Personalratswahl 2026

Von Thomas Jungfer, Landesvorsitzender, und Ronald Helmer, Personalratsvorsitzender

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Polizei leisten Großartiges. Geräuschlos, souverän, immer am polizeilichen Auftrag orientiert und in der Lage agierend, zeigen alle Polizeibeschäftigten, ob im Vollzug oder in der Verwaltung, ob auf dem Streifenwagen, oder dem Dienstboot, beim LKA, auf dem Wasserwerfer, in der Waffenwerkstatt, der Personalabteilung oder in der Akademie der Polizei wie eine moderne und zugleich erfahrene Großstadtpolizei unaufgeregt funktioniert und auch immer wiederkehrende Großlagen bewältigt. Hamburg kann sich auf seine Polizei verlassen!

Das ist die eine Seite der Medaille und die andere?

Aus der Innenbehörde folgen dann regelmäßig Danksagungen und Lob. Das ist alles gut und schön, zahlt aber weder Miete noch Rechnungen. Es ist noch schlimmer: Der Dienstherr zwingt Kolleginnen und Kollegen über Jahre vor Gericht, um die ihnen zustehende verfassungsgemäße Bezahlung einzuklagen, eine Zumutung, die ihresgleichen sucht! Über 8.100 Hamburger Landesbeamte verklagen die Stadt. Weitere fatale Signale sind Verschiebungen von Beförderungen und die Nichtbesetzung von Stellen innerhalb der Polizei Hamburg aus Spargründen. Das aktuelle Tarifergebnis war auch eher mittelprächtig – die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (Tdl) unter Führung von Finanzsenator Dr. Andreas Dressel hat den vielstimmigen Klagechor klammer Haushaltskassen angeführt und war nicht bereit, die Leistungen des öffentlichen Dienstes in den Ländern angemessen zu honorieren. Jede Verbesserung muss von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hart erkämpft und erstritten werden. Das alles gehört in den Fokus der Öffentlichkeit und die Antwort auf die Frage, was ist uns der Rechtsstaat und unsere Polizei wert? In Hamburg schwebt das Damoklesschwert massiver Sparmaßnahmen über die öffentliche Verwaltung und die Polizei ist mit dabei.

- Wir werden uns beispielsweise weiterhin für die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Schutz- und Wasserschutzpolizei, der Wiedereinführung der Ruhegehaltspflicht der Polizeizulage, der Schaffung eines sachgerechten Stellenplans im Vollzug und von speziellen Eingruppierungsmerkmalen für Angestellte in der Polizei, einer strategischen Personalentwicklung für Tarifbeschäftigte sowie von Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie einer personellen Verstärkung der Kriminalpolizei und vieles mehr einsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen:

„WIR BRAUCHEN EINEN STARKEN PERSONALRAT!“

Der Personalrat ist das soziale Korrektiv der Dienststelle. Es ist seine Aufgabe, die Arbeit der Behördenleitung und der Dienststelle kritisch und konstruktiv zu hinterfragen, Missstände, soziale Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufzuzeigen und zu beseitigen. Dafür brauchen wir erfahrene Personalräte mit einer starken Gewerkschaft im Rücken. Wir fordern alle Kolleginnen und Kollegen der Polizei Hamburg auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen und bitten darum, den Kandidatinnen und Kandidaten der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) ihre Stimme zu geben. —



© DPoIG Hamburg (2)

Thomas Jungfer



Ronald Helmer

DPoIG ✕ – **(D)eine Stimme!**
PERSONALRATSWAHL 2026

„Zurück in die Zukunft“?

DPoIG im Gespräch mit Polizeipräsident Falk Schnabel

Vor wenigen Wochen war Polizeipräsident Falk Schnabel zu Gast bei der **DPoIG Hamburg**. Auf Einladung unseres Landesvorsitzenden Thomas Jungfer berichtete Falk Schnabel dem Landeshauptvorstand über aktuelle und zukünftige Entwicklungen in der Polizei. Es waren keine guten Nachrichten, die er den Gewerkschaftern, die faktisch alle Laufbahnzweige und Statusgruppen repräsentieren, überbrachte. Wieder einmal geht es ums liebe Geld, besser um Geld, das nicht mehr ausreichend vorhanden ist und jetzt zusammengespart werden

soll. Konnte sich die Polizei in der Vergangenheit darauf verlassen, dass Geld durch die Bürgerschaft „nachgeschossen“ wird, ist diese Tür jetzt zu. Einen Nachtragshaushalt solle es für die Polizei nicht mehr geben, so Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD). Die Polizei müsse lernen, mit den zugewiesenen Haushaltsmitteln klarzukommen. Der Personal- und Sachmittelhaushalt wird unter die Lupe genommen. Konkret bedeutet das, die Polizei wird unter Federführung des Polizeipräsidenten jeden Stein umdrehen und Sparpotenzial definieren – heilige Kühe soll es dabei nicht geben.

„Wrocklage-Déjà-vu“

Dienstältere Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei erleben gerade ein als überwunden geglaubtes Wrocklage-Déjà-vu. Der damalige Innensenator und frühere Finanzstaatsrat Hartmuth Wrocklage (SPD) führte die Polizei von 1994 bis 2001 wie eine Unterabteilung der Finanzbehörde. Wollen Senat und Innensenator Andy Grote (SPD) zurück in diese Zukunft und innere Sicherheit nach Kassenlage? Was ist aus den vollmundigen Versprechen vor der letzten Bürgerschaftswahl und der Prioritätensetzung pro Polizei geworden? Sparen, kürzen, streichen, kontingentieren – und zwar in allen Organisationsbereichen der Polizei Hamburg, bestimmen fortan die Diskussionen in Dienstbesprechungen und Dienstunterricht. Beförderungen werden verschoben, Stellen gestri-



© Frank Riebow (2)

chen, Vakanzen nicht oder verspätet besetzt, Kolleginnen und Kollegen der Hubschrauber- und Reiterstaffel bangen um ihre Dienststellen und soll das Polizeiorchester mit Morricones „Spiel mir das Lied vom Tod“ den Schlussakkord zur Auflösung setzen?

Für die **DPoIG** ist völlig klar, dass dieses Sparszenario nicht unwidersprochen hingenommen wird! Dazu Landesvorsitzender Thomas Jungfer: „Man kann nur noch mit dem Kopf schütteln! Was ist aus den Versprechen des Senats vor der Bürgerschaftswahl und der Prioritätensetzung für die innere Sicherheit geworden? Wir leben in unruhigen und dynamischen Zeiten, mit Auswirkungen, die auch alle Hamburgerinnen und Hamburger betreffen. Bevor die Politik anfängt, Sparkommissare durch die Polizei zu schicken, sollte sie ihre Hausaufgaben machen und sich mit dem tatsächlichen Aufgabenprofil der Polizei befassen. Die Polizei ist 24/7 im Einsatz und immer ansprechbar, was will man meinen Kolleginnen und Kollegen noch alles aufbürden? Zurück in die Zukunft, nicht mit uns!“ Die **DPoIG Hamburg** fordert eine stringente Aufgabenkritik und Kostenbeteiligung bei Polizeieinsätzen im Rahmen von Amtshilfe sowie bei der Unterstützung anderer Behörden, Ämter und öffentlicher Einrichtungen. Zum Beispiel: Kostenbeteiligung bei kommerziellen Großveranstaltungen (Fußball, Konzerte und ähnliche Veranstaltungen), Wegfall von Objektschutzaufgaben, keine Begleitung von Großraum- und Schwertransporten, keine polizeiliche



Verkehrsunfallaufnahme bei Sachschäden, keine Entgegennahme von Fundsachen. Das sind lediglich ausgewählte Beispiele. Generell sollte die Polizei Dritte immer dann an Kosten beteiligen, wenn die Polizei originär nicht zuständig ist. Thomas Jungfer bedankte sich bei Polizeipräsident Falk Schnabel für die offenen Worte und die Bereitschaft, sich der Diskussion und den Fragen des Landeshauptvorstandes zu stellen.

Der Landesvorstand

DPoIG im Gespräch mit Innensenator Andy Grote (SPD)

Innenbehörde plant keine Anhebung der Altersgrenze für den Ruhestand

Am 23. März dieses Jahres kam die Landesspitze der **DPoIG Hamburg**, Landesvorsitzender Thomas Jungfer, der Erste stellvertretende Landesvorsitzende, Nicholas Kriegk, die stellvertretenden Landesvorsitzenden Ronald Helmer und Marc-Ulrich Schipper, der Vorsitzende des Fachbereiches Schutzpolizei, Andreas Dubsky, die Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung, Beate Petrou, sowie Landesredakteur Frank Riebow mit Innensenator Andy Grote (SPD) zu einem intensiven Informations- und Meinungsaustausch in der Behörde für Inneres und Sport zusammen. Am rund eineinhalbstündigen Gespräch nahm ebenfalls Sarah Klocke als persönliche Referentin des Senators teil.

Das Themenspektrum war wie immer umfangreich. Landesvorsitzender Thomas Jungfer fasste zunächst die Stimmungslage innerhalb unserer Kolleginnen und Kollegen aus Sicht der **DPoIG** zusammen. Bereits vollzogene und intern diskutierte weiterführende Sparmaßnahmen hinsichtlich des aktuellen und zukünftigen Haushalts bestimmen das aktuelle Meinungsbild in der Polizei. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unabhängig von Laufbahnzweig, Statusamt oder dienstlicher Verwendung, erleben bereits jetzt die Auswirkungen der klammen Haushaltskasse.

Wie soll es weitergehen?

Senator Grote verwies in diesem Zusammenhang unter anderem auf die massiv wegbrechenden Steuereinnahmen und gestiegene Sozialleistungen auf der einen Seite und notwendige Investitionen zum Beispiel für die Drohnenabwehr auf der anderen Seite. Weitere Sparmaßnahmen, die mit dem Doppelhaushalt 2027/28 auch auf die Polizei zukommen, stehen noch nicht fest. Durchaus schmerzhaft Einschnitte werden sich jedoch auch für die Polizei nicht vermeiden lassen. Der Innensenator spricht sich dafür aus, notwendige Einsparungen im gleichen Maße auf alle Behörden und Ämter zu vollziehen. Sonderbelastungen, ausschließlich für die Beschäftigten der Polizei, soll es nicht geben, daher ist es nicht beabsichtigt, die Altersgrenze von Polizeibeamten für den Eintritt in den Ruhestand anzuheben. Wichtig bleibe das Aufwachsen des Vollzuges,



so Grote weiter. Landesvorsitzender Thomas Jungfer entgegnete, dass es einen Rückfall in unselige Sparauswüchse der Vergangenheit nicht geben dürfe.

Die DPoIG lehnt eine Politik der inneren Sicherheit nach Kassenlage ab, verweigert sich jedoch nicht grundsätzlich der Mitarbeit, wenn es darum geht, die Polizei effizienter und zukunftsfester aufzustellen.

Dazu gehört nach Auffassung der **DPoIG** eine Aufgabenkritik, die diesen Namen auch verdient. Im Ergebnis müssen die Stärkung der Wachdienstgruppen und des gesamten Primärvollzugs sowie eine durchgreifende Entbürokratisierung und Digitalisierung der Polizeiarbeit immer im Fokus stehen. „Verwaltung unterstützt Vollzug“ muss gelebte polizeiliche Selbstverständlichkeit sein. Die Nachwuchssituation bleibt in allen Bereichen angespannt. Sinkt die Attraktivität der Hamburger Polizei als Arbeitgeber massiv, werden die Auswirkungen dramatisch sein, das könne niemand wollen, so Thomas Jungfer weiter. Wir werden weiter berichten!

Der Landesvorstand





DPOIG
DEUTSCHE POLIZEIWERKSCHAFT
im DBB

– (D)eine Stimme!

PERSONAL- RATSWAHL 2026

BEAMTINNEN/BEAMTETE



Thomas Jungfer, Landesvorsitzender und
Spitzenkandidat zur Personalratswahl 2026



Ronald Helmer
PR-Polizei



Nicholas Alexander Kriegg
PR-Polizei



Henning Pohl
SP 11



Roland Aue
LBP 031



Andreas Reimer
PR-Polizei



Dirk Langer
VD 4



Sarah von Rein
AK FSJ 21



Max Hauptmann
LBP 7



Marc-Ulrich Schipper
PR-Polizei



Sebastian Heidrich
PK 25



Gerhold Busker
LBP 5



Fabian Rockhausen
PR-Polizei



Martin Westphal
WSP 632



Murat Alayli
LBP 43



Swollana Rochow
SP 33



Matthias Hoppe
PK 36



Andreas Dubsky
PR-Polizei



Tim Höschler
PK 43



Heiko Valerius
PR-Polizei



Myriam Bockwoldt
SP 21



Martin Marcel Schomburg
LBP 1



Christoph Sietz
PK 27



Niklas Löwe
PK 14



Stefan Boreuter
PK 17



Dietmar Tackmann
PK 41



Timo Ehm
PK 31



Martin Schütt
PR-Polizei



Viktor Laidewig
AK 41



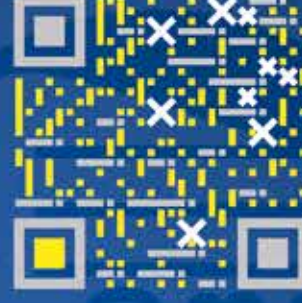
Sebastian Lewandowski
PR-Polizei



Daryl Fee Klatt
PK 21

WEITERE KANDIDATINEN UND KANDIDATEN DER DPOLG HAMBURG: Frank Wiedentfeld, Tim Traß, Sophie Ries, Christoph Erbe, Olaf Basedow, Dominik Rumpel, Timo Reche, Ricardo Bolz-Degelow, Jost Gerken, Serkan Özkan, Heiko Wille, Harald Rode, Lukas Breust, Maria Niemeier, Sascha Kühn, Norman Noltze, Mike Biegel u.v.m.
(Auszug unserer Liste mit über 100 Kandidatinnen und Kandidaten)

**Wir stehen für euch.
Nicht nur zur Wahl. DPoIG.**



**Nicht alles passt
auf ein Plakat!**

DPoIG **Deinetwegen!**

DPoIG Hamburg
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Holzdamm 18 · 20099 Hamburg · Tel. 040-254026-0 · dpolg@dpolg-hh.de

dpolg-hh.de





DPOIG – (D)eine Stimme!

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

PERSONAL- RATSWAHL 2026

ARBEITNEHMERINNEN/ ARBEITNEHMER



Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung und
Martin Dumpich, stellv. Fachbereichsvorsitzender –
Spitzenkandidaten zur Personalratswahl 2026



Stephanie Welland
AK 401



Dimitrios Argiridis
LBP 10VS



Mandy Tank
LKA 1 B



Martin Arndt
PK 23



Alexander Neht
LPV 233



Meike Sander
PK 31



Frank Morgenstern
LPV 32



Kai Könecke
VD 1



Kathrin Schönewald
PK 23



Ben Cremer
LKA 54



Ann-Sophie Sander
LBP 10/VS



Jörn Scheewe
AK FSt 30



Bettina Rohde
WSPK 2



Kathleen Welker
PERS 33



Dieter Münzel
LPV 51



Arne Oehlke
LPV 224



Michel Wegner
PK 21



Christian Schlicker
LKA 54



Frederic Viohl
LBP 10/VS



Ralf Siemsglüß
VD 1



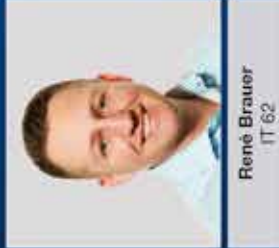
Richard Spring
PK 15



Doniman Peña Parra
IT 322



Ekrem Bulut
LBP 10/VS



René Brauer
IT 62



Torsten Wagner
LPV 2



Volker Jungbluth
J 41



Mirko Lappie
VD 1



Jörg Mähl
IT 21



Thorsten Oppermann
LPV 221



Felix Blom
PK 42

WEITERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN DER DPOLG HAMBURG: Florentine Weber, Romy Scheffen, Rof Trautmann, Sven Greifenberg, Andrej Riegel, Tanja Steffen, Andre Peters, Stefanie Schnell, Triantafyllo Tsardoulia Klofhou, Marc Elbel, Weronika Barcikowska, Matthias Guidotti, Dodo Micheel, Michael Kaya, Heiko Grellck, Felix Bellmann, Katrin Steindl, Beate Albinger u.v.m.

(Auszug unserer Liste mit über 90 Kandidatinnen und Kandidaten)

**Wir stehen für euch.
Nicht nur zur Wahl. DPoIG.**



**Nicht alles passt
auf ein Plakat!**



DPoIG Hamburg
Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Holzdamm 18 · 20099 Hamburg · Tel. 040-254026-0 · dpolg@dpolg-hh.de

dpolg-hh.de





© Pixabay

Rassismus: Polizist zurückgestuft

Ein ehemaliger Polizeihauptkommissar der Polizei Niedersachsen wird nicht um eine, sondern um zwei Besoldungsgruppen zurückgestuft. Grund dafür sind rassistische Chats und eine Schreckschusspistole. Der heute 53-jährige Polizeibeamte hatte die Schreckschusspistole ohne Erlaubnis in seinem Tresor aufbewahrt, teilte das Obergericht Lüneburg (OVG) mit. Zudem habe er in Chats 28 Dateien versandt, die inhaltlich rassistisch waren, das NS-Regime und seine Verbrechen verherrlichten oder verharmlosten. 78 solcher Dateien habe er empfangen, ohne darauf adäquat zu reagieren. Grund für eine Entfernung aus dem Beamtenverhältnis, wie von der Polizeidirektion Osnabrück im Berufungsverfahren gefordert, sei das jedoch nicht. Es bestehe noch ein Restvertrauen des Dienstherrn und der Allgemeinheit, so das OVG. Das Gericht argumentierte, das Verhalten des Beamten habe, auch wenn es über Jahre ging, zwar den objektiven Anschein verfassungsfeindlicher Gesinnung erweckt, diese sei jedoch nicht festgestellt worden. Das Verhalten des 53-Jährigen stelle ein schweres Dienstvergehen dar. Deshalb werde er nicht nur um eine Besoldungsgruppe zurückgestuft, wie das Verwaltungsgericht Osnabrück im Januar 2025 entschieden hatte, sondern um zwei.

Vlotho-Seminar 2026

++ Programmänderungen ++

Mittwoch, 20. Mai: **Neu**

Krisenkommunikation im Rahmen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine

Referenten: Thomas Schult, Polizei Baden-Württemberg und Jörg Lauenroth

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz am Beispiel NRW

Referent: Sven Möllenbrink, DRK Nordrhein-Westfalen

Donnerstag, 21. Mai: **Neu**

Der Juwelencoup – Ermittlungen zum Einbruch ins Grüne Gewölbe Dresden

Referenten: KOR Olaf Richter, PD Dresden und KHK René Allonge, LKA Berlin

Sicherheit in Deutschland – Aufgaben des Zollkriminalamtes

Referent: Lothar Welczis, Zollkriminalamt Köln

IMPRESSUM

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel.: 040.482800
Fax: 040.25402610
Mobil: 0175.3644284
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: DPoIG Hamburg,
Frank Riebow

ISSN 0723-2230

Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel.: 040.254026-0
Fax: 040.254026-10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de



Social Media

Instagram-Fundstück



Ruhestand*

Folgende Kolleginnen und Kollegen sind zum **28. Februar 2026** in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei	
PD Karsten Koch	LBP
POR Thomas Ohlmeyer	PK 16
PHKin Kerstin Wachner	SP 12
PHK Dirk Bernhardt	VD 41
PHK Jörn Küppers	LBP 72
PHK Michael Nehlsen	PK 14
Akademie der Polizei	
PHK Richard Grupe	AK 402
POK Carsten Stiesch	AK 13
Landeskriminalamt	
Ang. Kerstin Harms	LKA 121
KHK Joachim Kümmerlehn	LKA 432

Folgende Kollegen sind zum **31. März 2026** in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei	
EPHK Ulrich Leetz	VD 1
Akademie der Polizei	
PHK Stefan Reimer	AK 23

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.